

Der Ukrainekrieg, Russland und die NATO

In Marburg ist ein „Narrativ“ erstaunlich weit verbreitet und das geht ungefähr so: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist nicht richtig und zu verurteilen. Aber wenn man die Vorgeschichte dieses Krieges einbezieht, dann sind es doch eher die USA und die NATO, die die Verantwortung dafür trifft, dass es so weit gekommen ist. Denn sie haben Putin soweit „provoziert“ und in eine „strategische Defensive“ (Krone-Schmalz) gedrängt, dass der russische Diktator nun so reagiert hat. Dieses Muster taucht in verschiedenen Variationen auf. Nicht alle sind so simpel wie die jenes Herrn, mit dem ich neulich allzu laut aneinandergeriet, dass nämlich Putin in seinem „Hinterhof“ nur dasselbe praktiziere wie es Amerika im Falle Kuba getan habe. Andere stellen auf Putins Angebote ab, die vom Westen angeblich zurückgewiesen worden seien. Wieder andere verweisen darauf, dass die Ukraine von den USA „gekauft“ und maßlos „aufgerüstet“ worden sei. Vor allem aber geht es immer wieder um die NATO-Osterweiterung. Mit ihr habe das Unheil angefangen. Mit dem Beitritt vor allem der Polen und Balten hätten sich die historischen Ressentiments dieser Länder gegenüber Russland in die NATO „hineingefressen“ (Krone-Schmalz). Dies habe dann zu einer Radikalisierung der Politik des Westens gegenüber Russland geführt.

Nur am Rande sei erwähnt, dass man mit dieser Logik Russland und Frankreich die Schuld am ersten Weltkrieg geben könnte. Schließlich haben sie mit ihrem Militärbündnis in Deutschland Einkreisungsgänge provoziert, die im deutschen Generalstab schon vor 1914 Forderungen nach einem Präventivkrieg gegen Frankreich laut werden ließen. Und ganz schräg sind die Vergleiche zur gescheiterten Invasion in der kubanischen Schweinebucht 1961. Kennedy selbst hat seine Unterstützung für diese Militäroperation später als Fehler bezeichnet. Und in den gut sechzig Jahren, die seither vergangen sind, hat niemand in den USA mehr die territoriale Integrität Kubas in Frage gestellt.

Das aber soll nachfolgend nicht weiter interessieren. Denn selbstverständlich ist es auch im Angesicht der russischen Aggression legitim und sogar notwendig, die Frage nach möglichen eigenen Fehlern des Westens aufzuwerfen. Wie war es denn seinerzeit wirklich? Wie und warum kam es zur Osterweiterung der NATO? Und wie hat sich die Politik des Westens gegenüber Russland entwickelt?

Mit dem Zusammenbruch der Ostblocksysteme und dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 war zunächst eine historisch völlig offene Situation entstanden. Weil der Kalte Krieg die NATO 1949 erst hervorgebracht hatte, stellte sich mit seinem Ende die Frage, ob und wozu das westliche Verteidigungsbündnis künftig überhaupt noch gebraucht werden würde. Folgerichtig tauchten jetzt alle möglichen Ideen für eine künftige Sicherheitsstruktur auf. Eine davon war die Idee, die NATO in gemeinsame Sicherheitsstrukturen im Rahmen der KSZE bzw. OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit) unter Einschluss der Sowjetunion zu integrieren. Eine andere Idee war, der Sowjetunion eine NATO-Mitgliedschaft anzubieten.

Bereits im Juli 1990 schlugen die NATO-Staaten auf ihrem Gipfel in London vor, in einer gemeinsamen Erklärung mit den Staaten des Warschauer Pakts feierlich zu erklären, dass sie sich nicht mehr länger als Gegner betrachten und künftig auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt verzichten würden. Zu dieser Erklärung kam es dann nicht mehr, weil sich der Warschauer Pakt zum 1.7.1991 selbst auflöste. Wenige Monate später gab es die Sowjetunion nicht mehr. Der Putschversuch im August 1991 hatte Gorbatschows ohnehin bereits angeschlagene Position entscheidend geschwächt und zugleich die Position des russischen Präsidenten Boris Jelzin erheblich gestärkt. Mit dem Treffen der Präsidenten Russlands, Weißrusslands und der Ukraine Anfang Dezember waren die Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag gescheitert.

So gut wie niemand im Westen hatte diese Entwicklung gewollt. Das gilt besonders für Deutschland, das besonders bemüht war, die Position Gorbatschows zu stabilisieren – schon aus Dankbarkeit für dessen Rolle bei der Deutschen Einheit. Bis zum Herbst 1991 hat Deutschland der Sowjetunion Hilfen in einer Größenordnung von etwa 60 Milliarden DM geleistet. Es gilt aber auch für die USA, die immer wieder vor Separatismus in der UdSSR gewarnt haben. Noch im Sommer 1991 hat George Bush sen. in Kiew massiv für den Erhalt der UdSSR geworben.

Die Frage des künftigen NATO-Gebiets hatte auch bei den Verhandlungen über die Deutsche Einheit eine Rolle gespielt. Aus der Zusicherung des Westens, keine NATO-Verbände, sondern lediglich Truppen der Bundeswehr auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu stationieren, ist später vor allem von russischer Seite der Vorwurf abgeleitet worden, mit der Osterweiterung sei die NATO wortbrüchig geworden. Gorbatschow selbst hat diesen Vorhalt in mehreren Interviews zurückgewiesen. Sein überzeugendstes Argument bestand dabei in dem Hinweis, zu dieser Zeit – Sommer 1990 – habe es den Warschauer Pakt ja noch gegeben. Also habe niemand an eine NATO-Mitgliedschaft etwa Polens denken können. Dennoch wird – nicht nur von russischer Seite – bis heute immer wieder behauptet, es habe damals entsprechende Zusagen gegeben.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes bot die NATO den nun ehemaligen Mitgliedsländern des östlichen Paktsystems eine partnerschaftliche Ausgestaltung der Beziehungen an. Zu diesem Zweck sollten sie Vertretungen in Brüssel einrichten und einem „nordatlantischen Kooperationsrat“ angehören. Dieser wurde auch gebildet. Er verlor aber nach der Auflösung der Sowjetunion rasch an Bedeutung.

Etwa ab 1993 bemühten sich eine Reihe von osteuropäischen Staaten um die Aufnahme in die NATO – vor allem Polen und die baltischen Länder. Hier spielten historisch begründete Ängste vor imperialen Absichten Russlands eine zentrale Rolle. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der größte Teil Polens bis 1917 über 200 Jahre Teil des Zarenreiches war, Ostpolen in der Folge des Hitler-Stalin-Paktes wieder russisch bzw. sowjetisch wurde und die baltischen Staaten 1940 nicht nur ihre Unabhängigkeit verloren, sondern auch zu Opfern des stalinistischen Terrors wurden.

Das Drängen der Osteuropäer auf eine NATO-Mitgliedschaft brachte den Westen in eine schwierige Situation. Man fürchtete eine negative Reaktion Russlands. Ich selbst habe in einem Vortrag auf einer Tagung der europäischen Grünen in Dresden Ende 1995 gegen eine NATO-Osterweiterung plädiert. Inmitten des gesellschaftlichen Chaos der Jelzin-Jahre in Russland würde die Ausdehnung des NATO-Gebiets eine weitere Demütigung Russlands bedeuten. Der von mir zu seinen Lebzeiten stets geschätzte Peter Glotz hat 1996 von einem „Wachstumsprogramm für großrussischen Chauvinismus“ gesprochen.

Jetzt begann die Suche nach einem Ausweg. So schlugen die USA ein Kooperationsprogramm mit allen osteuropäischen Staaten vor, die „Partnerschaft für den Frieden“. Bis 1995 blieb das Thema vertagt.

Bis dahin war US-Präsident Clinton gegen die Osterweiterung gewesen. Warum er seine Haltung dann 1995/96 verändert hat, dazu gibt es unterschiedliche Erklärungen. Möglicherweise hat tatsächlich der Wahlkampf 1996 eine Rolle gespielt, in dem es auch um die Stimmen von Amerikanern mit osteuropäischen Wurzeln ging. Was immer den Ausschlag gegeben haben mag: Irgendein finsterner Plan zur weiteren Demütigung Russlands und zur Absicherung amerikanischer Weltherrschaft war es jedenfalls nicht.

Inzwischen waren längst alle Vorstellungen einer Übertragung der sicherheitspolitischen Aufgaben der NATO auf die OSZE vom Tisch. Haupteinwand war dabei die Schwerfälligkeit dieser Riesenorganisation, die nach dem Einstimmigkeitsprinzip funktioniert. Tatsächlich ist schwer

vorstellbar, wie in einer akuten Krisensituation unter dem Dach der OSZE ein rascher und effektiver Einsatz militärischer Mittel möglich geworden wäre. Da wäre vermutlich eine NATO-Mitgliedschaft Russlands noch einfacher gewesen. So blieb es bei der NATO, die schon Ende 1991 ein neues strategisches Konzept entwickelte. In diesem Konzept, das herausstellte, dass die Bedrohung durch den Warschauer Pakt entfallen war, wurden die klassischen Aufgaben von Abschreckung und Verteidigung mit einem neuen Auftrag zum Krisenmanagement auch außerhalb des NATO-Gebietes verknüpft.

Am 5. Dezember 1994 wurde das „Budapester Memorandum“ unterzeichnet. Darin verpflichteten sich die Signatarstaaten USA, Russland und Großbritannien in getrennten Vereinbarungen mit Kasachstan, Belarus und der Ukraine zur Garantie der Souveränität und territorialen Integrität der genannten Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Diese verzichteten im Gegenzug auf den Besitz von Atomwaffen, die sich bis dahin auf ihrem Territorium befanden. Manche sagen heute, dies sei der Fehler gewesen. Denn besäße die Ukraine Atomwaffen, hätte Putin nicht angegriffen. Ich sehe das nicht so. Soweit ich weiß, hatten die Ukrainer zwar die Raketen und auch die Sprengköpfe. Aber die Codes für ihren Einsatz lagerten in Moskau. Jedenfalls hat sich Russland mit diesem Vertrag eindeutig zur Unverletzlichkeit der Grenzen der Ukraine bekannt.

1997 war ein entscheidendes Jahr für die Zukunft der Beziehungen zwischen den NATO-Staaten und Russland. Im Mai 1997 wurde die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet, in der sich beide Seiten zu einer Zusammenarbeit für den Frieden auf der Basis von Demokratie und kooperativer Sicherheit verpflichteten. Die NATO verzichtete darauf, nukleare Waffen in neuen Mitgliedsländern zu stationieren. Auch die dauerhafte Stationierung von zusätzlichen NATO-Kampfftruppen in Bündnisländern wurde eingeschränkt, blieb aber bei akuten Bedrohungslagen erlaubt. Der NATO-Gipfel vom Juli 1997 sprach dann die Einladung zu Beitrittsverhandlungen an Tschechien, Ungarn und Polen aus. Im März 1999 traten diese drei Staaten der NATO offiziell bei. Gleichzeitig wurde der Weg geöffnet für eine zweite Beitrittsrunde, die dann 2004 den Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Bulgariens, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens zur Folge hatte. In späteren Erweiterungsrounden sind dann Albanien, Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien hinzugekommen.

Entscheidend für diese Entwicklung war der Druck der osteuropäischen Länder, keineswegs irgendeine westliche Strategie, die auf eine Bedrohung Russlands gezielt hätte. In Ungarn sprachen sich in einer Volksabstimmung 1997 86% für einen Beitritt aus, in Slowenien waren es 66%. In der Slowakei und Bulgarien wurden Regierungen abgewählt, weil sie den Beitritt ablehnten.

Wer wie Krone-Schmalz in der Osterweiterung die Ursünde sieht, aus dem der Krieg entstanden ist, muss sich umgekehrt die Frage gefallen lassen, ob es wirklich dauerhaft denkbar gewesen wäre, der gesamten ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Staatenwelt zu verweigern, was ihr erklärter Wunsch war. Das NATO-Statut stellt ausdrücklich die Möglichkeit der Aufnahme weiterer Staaten fest. Auch das Budapester Memorandum stellt die Freiheit der Bündniswahl heraus. Ob Demokratien anderen Demokratien, die die Bedingungen für einen Beitritt erfüllen, mit Rücksicht auf eventuelle Russische Bedrohungsängste dauerhaft die kalte Schulter hätten zeigen können – schwer vorstellbar. Zumal nach der NATO-Russland-Grundakte eine enge Zusammenarbeit mit Russland gesichert schien. Dass dann der NATO-Russland-Rat nicht so funktionierte wie ursprünglich gedacht, ist eine andere Frage. Hier sind sicher Fehler gemacht worden.

Ich jedenfalls habe meine kritische Haltung zur Osterweiterung irgendwann um die Jahrtausendwende aufgegeben. Ob es klug war, auch der Ukraine und Georgien 2008 eine langfristige Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen, ist freilich eine andere Frage. Denn erstens hat das zum militärischen Konflikt zwischen Georgien und Russland 2008 beigetragen, weil die Georgier

auf die Unterstützung des Westens für ihre Militäroperation in Abchasien und Nordossetien rechneten, die zu ihrem Staatsgebiet gehörten, sich aber mit Hilfe russischer Truppen in den Neunzigern dort herausgelöst hatten. Und zweitens hat es in der Ukraine bei den nach Westen orientierten Kräften zu Erwartungen beigetragen, die zu dieser Zeit jedenfalls niemand zu erfüllen bereit war.

Eine Schlüsselrolle auf dem Weg in den Krieg hat dann die Entwicklung in der Ukraine selbst gespielt. Schon die „orangene Revolution“ hatte 2004 gezeigt, dass das Land tief zerrissen war zwischen russlandfreundlichen und nach Westen orientierten Kräften. Das Scheitern der ersten westorientierten Regierung und der Wahlsieg von Janukowitsch 2009 hatten freilich vor allem innenpolitische Gründe (Korruption etc.). Der eigentlich als russlandfreundlich geltende Präsident geriet dann 2013 in eine schwierige Lage. Die Ukraine strebte ein Assoziierungsabkommen mit der EU an, was ihr beträchtliche wirtschaftliche Vorteile gebracht hätte. Putin dagegen sah die Ukraine als Teil seiner „eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft“ und wollte das Assoziierungsabkommen unbedingt verhindern. Janukowitsch gab der Erpressung nach. Das löste die Massenproteste Ende 2013/Anfang 2014 aus, die sich vor allem auf dem Kiewer Majdan manifestierten. Die gewaltsamen Versuche, die Protestbewegung zu zerschlagen (nach meiner Erinnerung gab es über 80 Tote), führten nur zu einer weiteren Eskalation. Am Ende war der Majdan nicht mehr bereit, den mit den Außenministern Polens, Frankreichs und Deutschlands ausgehandelten Kompromiss zu akzeptieren, nach dem Präsident Janukowitsch eingewilligt hatte, vorgezogene Neuwahlen noch in 2014 durchzuführen. Nicht einmal Klitschko konnte die Massen mehr überzeugen, die den sofortigen Rücktritt des Staatspräsidenten verlangten. Dieser fürchtete daraufhin um sein Leben und setzte sich nach Russland ab. Unmittelbar darauf wurde er vom ukrainischen Parlament abgesetzt. Kurz darauf annektierte Russland die Krim und begann in der Ostukraine einen kaum verhüllten Krieg angeblicher Separatisten, die massiv von Russland unterstützt wurden.

Auch der Majdan liefert den „Putin-Verstehern“ in Marburg allerhand Stoff zur Mythenbildung. Ähnlich wie in der russischen Propaganda ist von Nazis und Rechtsradikalen die Rede und werden die Massenproteste von einigen als vom Westen gesteuert dargestellt. Das ist absurd. Es stimmt, dass der mittlerweile verstorbene US-Senator McCain dort eine Rede gehalten hat und etliche Abgeordnete des EP dorthin gereist sind. Es stimmt auch, dass dort auch nationalistische und nach unseren Maßstäben rechtsradikale Kräfte vertreten waren. Aber prägend für die Protestbewegung waren sie nicht. Bei den folgenden Parlamentswahlen im Frühjahr 2014 erreichten sie gerade 3% (oder 5%?) der Stimmen und null Mandate. Und die Behauptung, das Ganze sei vom Westen gesteuert gewesen, erinnert mich an die DDR-offizielle Darstellung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 als eines „faschistischen Putschversuchs“. In der Folge der Annexion der Krim und des Krieges in der Ostukraine kommt es dann zur Sanktionspolitik des Westens gegenüber Russland und zur schwersten Eintrübung der Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges. Dennoch lief das Nordstream 2-Projekt und damit die Hoffnung auf eine neuerliche Entspannung auf der Basis wirtschaftlicher Kooperation weiter, was angesichts des Krieges heute als Fehler erscheint.

Bleibt die immer wieder aufgeworfene Frage nach den angeblich ausgebliebenen Antworten auf die Angebote, die Putin immer wieder gemacht habe. Gerne zitiert wird seine Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, in der er diesen Vorwurf bereits artikuliert hat. Sicher lassen sich eine Reihe von Äußerungen führender westlicher Politiker finden, die nicht glücklich waren. Dass Obama Russland als „Regionalmacht“ bezeichnet hat, ist bei Putin und seinem Umfeld zweifellos als Demütigung verstanden worden. Andererseits aber ist Russland bis zur Krim-Annexion selbstverständlich vom Westen als Mitglied der G8-Runde der führenden Industrieländer der Erde behandelt worden. Soweit es um Sicherheitsgarantien für Russland ging, kann man sicher die Klugheit der Beitrittsperspektive für die Ukraine aus 2008 anzweifeln (s. oben). Freilich stellt sich

auch hier wieder die Frage, ob man einem souveränen Land, dem ausdrücklich die freie Wahl seiner Bündniszugehörigkeit zugesichert worden ist, diese freie Wahl wirklich verweigern kann, wenn es die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt. Auch im unmittelbaren Vorfeld des Krieges haben die führenden westlichen Politiker deutlich gemacht, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine kurz- und mittelfristig nicht zur Debatte steht. Und noch nach Beginn des Krieges hat Selenskij erklärt, dass die Ukraine bereit sei, auf den NATO-Beitritt zu verzichten, wenn entsprechende Sicherheitsgarantien auch von Russland gegeben würden.

Nein, die Vorstellung eines vom Westen absichtsvoll und gezielt in die Ecke getriebenen Russland, das dann in einer Art Panikreaktion oder gar in „Putativnotwehr“ diesen Krieg begonnen habe, ist absurd und hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Die NATO-Staaten sind kein monolithischer Block, der irgendwelche imperialistischen Absichten gegenüber Russland verfolgte. Niemand hat Russland bedroht oder seine Sicherheit bedrohen wollen. Es mag sein, dass manche nicht sensibel genug mit Bedrohungsängsten und Demütigungsgefühlen in Russland umgegangen sind. Vielleicht wäre auch alles anders gekommen, hätte man auch Russland eine NATO-Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Robertson berichtet von einem Gespräch mit Putin aus dem Jahr 2001, in dem dieser tatsächlich diese Möglichkeit angesprochen, dann aber eingeschränkt habe, dass man nicht vorhabe, sich in die Reihe der vielen anzustellen, die das gerade anstreben.

Vieles spricht dafür, dass man die Wahrheit über die Kriegsgründe eher in Russland suchen muss. Putins Regentschaft war um die Jahrtausendwende eher von Hoffnungen auf eine leidlich demokratische Entwicklung im Westen begleitet gewesen. Dabei galt eine Stärkung der Staatsautorität nach Chaos und Korruption der Jelzin-Zeit sogar als wünschenswert – jedenfalls bei mir. In der Ablehnung des Irak-Krieges kam es 2003 ja sogar zu einer regelrechten Achse Paris-Berlin-Moskau, aus der schließlich auch die persönliche Beziehung Putin-Schröder erwuchs. Die innenpolitische Machtbasis für Putin bestand auch ganz wesentlich aus der Hoffnung auf wirtschaftliche Verbesserungen und einer gestärkten Staatsautorität, die auch nach außen Russland wieder stärker machen würde. Ich habe das selbst 2009 in Petersburg so erlebt.

Dabei zeigt ein nüchterner Blick zurück, dass schon bald der Weg Russlands in ein autokratisches Regime begann. Opposition gegen Putin wurde immer schwieriger, die Repressalien und die Morde an Oppositionellen begannen bereits in den Nullerjahren. Die äußerste Brutalität des russischen Vorgehens im Tschetschenienkrieg war für ein Regime mit irgendwelchen demokratischen Ansprüchen vollkommen inakzeptabel. Gleichzeitig zeigten die Repressalien gegen Schwule und andere Minderheiten bald, dass der Gesellschaftsentwurf Putins sich deutlich absetzte von den freiheitlichen Grundvorstellungen des Westens. Nach allen landläufigen Vorstellungen wird man dieses Gesellschaftsbild eher als „rechtsautoritär“ bezeichnen müssen, was sich ja dann auch in den engen Kontakten zu westeuropäischen Rechtspopulisten wie Le Pen niedergeschlagen hat.

Vor diesem Hintergrund muss man wohl auch Putins Selbstverständnis begreifen. Vor dem Hintergrund einer autoritär formierten Gesellschaft, in der sein Machtanspruch von niemandem mehr ernsthaft bestritten werden kann und die in ihrer Mehrheit alles glaubt, was ihm der Propagandaapparat vorsetzt, sieht er sich selbst in der Rolle dessen, der wiederherzustellen berufen ist, was in der „größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ angeblich verlorengegangen ist: Ein russisches bzw. sowjetisches Imperium von weltpolitischer Bedeutung und Größe. Zu diesem Zweck hält er auch einen Krieg für gerechtfertigt. Wie den Monarchen des 18. und 19. Jahrhunderts und wie den totalitären Regimen von Hitler und Stalin sind ihm die Folgen für die Menschen ziemlich gleichgültig.

Dass die „Putin-Versteher“ in Marburg wie anderswo das nicht erkennen mögen, ist mir unbegreiflich. Fast noch unbegreiflicher ist mir, dass sie damit zumindest indirekt die Propaganda eines Regimes unterstützen, das mit allen Varianten eines progressiven linken Gesellschaftsbildes nicht das Geringste mehr zu tun hat. Ist es wirklich wahr, dass gestandene Linke, denen es sonst nicht emanzipatorisch genug zugehen kann, ihre Ablehnung von Amerika und der NATO soweit treiben, dass sie am Ende nolens volens zum Verteidiger eines rechtsautoritären Regimes werden? Es tut mir leid, aber dafür fehlt mir das geringste Verständnis.